

Konvent für Deutschland

Samstag 13.05.2006
Tageszeitung
erscheint: täglich

Auflage verbreitet: 247.747
Anzeigenäquivalent:

Ausgabe, Ort	Auflage verbreitet	Anzeigen- äquivalenz	interne Pub.-Nr.	Zeitungsgruppe Gesamtauflage VB: 247.747 Gesamtauflage VK: 242.925
■ Rheinpfalz Die, Ludwigshafen	39.924		110400	
■ RP Bad Dürkheimer Zeitung, Bad Dürkheim	9.578		110401	
■ RP Frankenthaler Zeitung, Frankenthal	14.433		110402	
■ RP Pfälzer Tageblatt, Landau	48.820		110403	
■ RP Mittelhaardter Rundschau, Neustadt	21.801		110404	
■ RP Speyerer Rundschau, Speyer	16.200		110405	
■ RP Pfälzische Volkszeitung, Kaiserslautern	40.430		110406	
■ RP Donnersberger Rundschau, Kirchheimbolanden	10.835		110407	
■ RP Westlicher Rundschau, Kusel	13.637		110408	
■ RP Pirmasenser Rundschau, Pirmasens	13.431		110409	
■ RP Zweibrücker Rundschau, Zweibrücken	8.421		110410	
■ RP Unterhaardter Rundschau, Grünstadt	10.237		110411	
12 erschienene Meldungen), Summe:	247.747			

Region
Rheinl., Pfalz
Nielsen 3a

Verlag
Rheinpfalz Verlag und
ruckerei GmbH & Co.KG
Amtsstr. 5-11
67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621/5902-01
Fax: 0621/5902-279

Warnung vor frühem Ende der Föderalismusreform

Anhörung beginnt am Montag

► BERLIN (ddp). Vor der am Montag beginnenden Anhörung warnt die Reforminitiative „Konvent für Deutschland“ vor einem Scheitern der Föderalismusreform.

Der Konventsvorsitzende und sein Stellvertreter, Altbundespräsident Herzog und Hamburgs früherer Bürgermeister von Dohnanyi (SPD), appellierten in einem Schreiben an die 16 Länderregierungschefs, ein Scheitern der Föderalismusreform nicht zuzulassen. Zwar sei der von der großen Koalition vorgelegte Reformentwurf nicht vollkommen, doch habe nur ein Kompromiss Chancen auf eine verfassungsändernde Mehrheit, betonten beide.

Aus einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundesta-

ges, das SPD-Parlamentsgeschäftsführer Scholz gestern in Berlin vorstellte, geht hervor, dass der Anteil der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Bundesgesetze in der Vergangenheit nur 24 statt 51 Prozent betragen hätte, wäre die Föderalismusreform schon in Kraft gewesen. Aus dem Gutachten geht allerdings auch hervor, dass sich bei vielen besonders strittigen Punkten durch eine Reform nichts geändert hätte. Darunter sind neben den meisten Steuergesetzen auch Teile des Lebenspartnerschaftsgesetzes, wichtige Rentengesetze und das Zuwanderungsgesetz. Andere Gesetze wären durch die Reform sogar erst zustimmungspflichtig geworden, zum Beispiel die Regelungen zum Ausbau der Tagesbetreuung von Kindern.